

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdner Nachrichten Dresden  
Verleger: Hermann Schmidt  
Königstr. 10, Dresden  
Schreibweise: Deutsche Schrift  
Dresden - K. L. Marienstraße 24/25

Bezugspreis bei wöchentlich einmaliger Zustellung monatlich 2,40 Mk. (einschließlich 20 Pfg. für  
Zugabe), durch die Post 2,60 Mk. einschließlich 24 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr).  
Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Dresdens 15 Pfg. Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach  
Schwarz berechnet die erste Zeile 20 mm breite Zeile 25 Pfg., die zweite 20 Pfg., die dritte 15 Pfg., die vierte  
und fünfte 10 Pfg., die sechste 5 Pfg., die siebte 3 Pfg., die achte 2 Pfg., die neunte 1 Pfg., die zehnte  
200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offertengelder 30 Pfg. Kündigungsfrist 14 Tage gegen Vorabzahlung

Druck u. Verlag: Neff & Reichardt,  
Dresden, Postfach-Nr. 1048 Dresden  
Nachdruck nur mit druck. Genehmigung  
(Dresden, Nachdr.) zulässig, Unverlangt  
Schulbücher werden nicht aufbewahrt

## Staatspartei unter Reichsbanner-Schutz

### Hörsing verspricht seine Hilfe

Berlin, 15. August. Der Bundesführer des Reichsbanners, Oberpräsident a. D. Otto Hörsing, erklärt zu der Antwort der Staatspartei auf seine Anfragen u. a.: Nicht nur aus den Kreisen der Reichsbannerkameraden, sondern der ganzen republikanischen Front müsse man Hochachtung für seine klare und deutliche Stellungnahme für Republik, Schwarz-Rot-Gold, sozialen Aufbau und gegen den Antifeminismus Dank sagen. Die Feinde der Republik — und damit unsere Feinde — stehen rechts vom Zentrum und links von der SPD. Das wollen und dürfen wir nicht vergessen. Deshalb werden wir Reichsbannerleute als solche unsere Front gegen die Feinde der Republik richten und uns nicht einmengen bei etwaigen Auseinandersetzungen im republikanischen Lager. Wer von den drei republikanischen Parteien unsere Hilfe im Verammlungsbereich braucht, dem werden wir sie gewähren. (1)

Hörsing läßt also die Gnadenföhne des Reichsbanners leuchten auch über der neuen Staatspartei. Mit schwülzigem Pathos versichert er sie der Unterstützung der sozialistischen Kampftruppe. Besser konnte die Situation nicht geklärt werden. Die alten Demokraten werden sich sicher wohlfühlen bei dieser Bundesgenossenschaft. Aber die Jungdemokraten, die ihnen das Reichsbannerprotektorat begehrt?

### Wahlaufruf der Christlichsozialen

Berlin, 15. Aug. Die Reichsleitung des Christlichsozialen Volksdienstes veröffentlicht einen Wahlaufruf an die evangelischen Wähler und Wählerinnen, in dem es u. a. heißt:

Nicht Revolution, sondern Reformation des politischen Lebens ist die Lösung des Christlichsozialen Volksdienstes. Das bedeutet die Ablehnung jeder katastrophalen Politik nach innen und außen. Wir sind zur christlichen Mitarbeit im heutigen Staate bereit. Wir werden jede verantwortungsbewusste Regierung unterstützen, die die dringenden Aufgaben der Befriedung der Reichsfinanzen, der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Rettung der Landwirtschaft unter Ausdehnung aller verfassungsmäßigen Möglichkeiten in Angriff nimmt. Wir lehnen jede Klassenfront und jeden Klassenkampf ab, ob sie von rechts oder links,

vom Marxismus oder Kapitalismus kommen. Wir lehnen den Abbau der Sozialpolitik ab, ohne uns der Notwendigkeit der Reform zu verschließen. Ebenso wie die wirtschaftliche Not bedroht die soziale Zerrüttung die Grundlagen von Volk und Staat. Wir fordern härtesten Einsatz staatlicher Hilfe zum Schutze der Familie und insbesondere der Kinderreichen. Wir fordern ein Reichsschulgesetz, das die freie Entscheidungsmöglichkeit der christlichen Bekenntnisschule sichert.

### Einheitsliste Volkspartei-Staatspartei in Südwestdeutschland

Karlsruhe, 15. Aug. Von der Deutschen Staatspartei und der Deutschen Volkspartei wird mitgeteilt: Die zwischen der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Staatspartei in Baden und Württemberg schwebenden Verhandlungen über ein Wahlabkommen haben heute zum Ziele geführt. Beide Parteien stellen einheitliche Listen auf. In Baden wird die Einheitsliste von Reichsminister Dr. Curtius und Reichsminister Dietrich angeführt. An der Spitze der württembergischen Einheitsliste stehen Dr. Theodor Heuss und der bisherige völksparteiliche Reichstagsabgeordnete Reimold. Die beiden Kreiswahlvorschläge werden miteinander verbunden.

### Thüringen wartet die Reichstagswahl ab

Von unserem Weimarer Korrespondenten

Weimar, 15. August. Die heutige Sitzung des thüringischen Kabinetts war eigentlich unter dem Eindruck der vorläufigen Entscheidung des Reichsstaatsgerichtshofes einberufen worden, durch welche der Antrag Thüringens, durch einstweilige Verfügung den Reichsinnenminister zu veranlassen, die gesperrten Reichsausschüsse für die Landespolizei bis zum Spruch des Staatsgerichtshofes in der Sache weiterzulassen, abgelehnt worden ist. Durch die Auflösung des Reichstages ist inzwischen die Sache verschoben worden. Das Kabinett, von dem in dieser Ferienlösung nur das Mitglied der Deutschen Volkspartei fehlt, war sich darüber einig, daß sich mit der Reichstagswahl die Konstellation der Parteien im neuen Reichstag zugunsten Thüringens verschieben könne, und daß sich dann der Streit von selbst erledige. Deshalb nahm man zur Sache selbst nicht weiter Stellung. Die Wirtschaftspartei betonte allerdings durch ihre Kabinettsmitglieder, daß sie auf keinen Fall eine velleicht aus der Sache erforderlich werdende Steuererhöhung oder gar die Einführung neuer Steuern zu vertreten in der Lage sei.

### Faschistischer Umsturz in England

Keine Angst; es ist noch nicht so weit. Es ist keine geschichtliche Tatsache, von der diese alarmierende Ueberschrift spricht, sondern ein Romantraum des englischen Schriftstellers und Politikers R. Wells. Aber auch als solcher beachtenswert und interessant. Politische Zukunftsromane sind jetzt nach den Kriegseromanen große Mode geworden. Wir haben erst vor kurzem hier von der „Revolution 1933“ gesprochen, einem romanhaft seherischen Zukunftsbild von Deutschland, das mehr Warnung als Sensation sein sollte. Ein Gegenstück dazu, allerdings viel umfassender, nicht nur auf englische Zustände, sondern auf die große Weltpolitik gemünzt, ist Wells' letzter Roman: „The Autocracy of Mr. Parham.“ Der durch viele literarische und geschichtliche Werke auch bei uns wohlbekannte Verfasser hat sich im Lauf der letzten Jahre stark der Arbeiterpartei angenähert und von diesem seinem sozialistischen Blickpunkt aus ist sein Buch weniger als ein Zukunftsbild, denn als eine Karikatur der gegenwärtigen politischen Verhältnisse zu werten. Karikaturen sind nicht nur amüsan, sondern oft auch lehrreich, wenn sie gut sind. Und Wells' Karikatur ist nicht schlecht.

Der äußere Rahmen der Geschichte in seinem Zukunftsroman ist phantastisch, aber belanglos. Als Folge des Niederganges des parlamentarischen Systems auch in England bricht eine faschistische Revolution in London aus. Sie entzündet einen richtiggehenden Weltkrieg, der den vergangenen an Umfang und Grausamkeit noch bei weitem übertrifft. Natürlich richtet sich der britische Vorkampf gegen die Sowjetmacht; aber das geht nicht so einfach. Ein englisch-amerikanischer Krieg kommt dazwischen; die beiden größten Flotten der Welt werden vernichtet, deutsche Flugzeuggeschwader bombardieren London, und schließlich greift die chemische Industrie mit ihren Querverbindungen in der ganzen kapitalistischen Welt in den Konflikt ein. Mr. Parham, der englische Rufführer, seines Reichs Geschichtsprofessor in Oxford, ein enragierter Tory und Imperialist, steht seine Stunde gekommen. Er reißt die Jügel an sich und schafft mit seinen Methoden Ordnung im Weltchaos.

Doch dieses äußere Drum und Dran ist, wie gesagt, unerheblich. Die aktuell-politische Bedeutung liegt in der Art, wie Wells seine Helden, lauter zeitgenössische Staatsmänner und Parteiführer, die unter ihren Vednamen leicht zu erkennen sind, auftreten, sprechen und handeln läßt. So ist der Diktator, der sich von einem simplen Mr. Parham zum Lord Paramount aufschwingt, ein recht boshaft gezeichnetes Typ des künftigen englischen Konföderalismus. Und sein militärischer Gehilfe, der General Gerson, ein ebenso unheimlich gezeichnete Repräsentant des Militarismus in seiner modernsten Ausprägung. Ein Bluthund, der das pagistische „Jugendpaar“ haßt und darauf brennt, daß er die Wirkungen seines verheerenden Giftgases L in feindlichen Ländern erproben kann. Die sozialistische Tendenz kommt hier allzu unverhüllt zum Durchbruch. Geste politische Satire ist aber z. B. die Schilderung des Staatsstreiches im Unterhaus. Der Diktator dringt mit seinem faschistischen Gefolge, jungen Studenten aus Eton, Cambridge und Oxford, ohne Widerstand zu finden, in den Sitzungssaal ein, fordert die verblüfften Abgeordneten auf, nach Hause zu gehen und verkündet den Ministern ihre Absetzung. Von dem Protest des Sprechers nimmt er höflich Kenntnis und gibt seiner Garde mit einem Zeichen den Räumungsbefehl. Ohne viel Aufhebens wird das Parlament gesprengt. Zwar maffiert sich auf der linken die Arbeiterregierung mit ihren Anhängern zu einem drohenden Haufen, und ihr Führer Ramsay Mc. Dougal (Macdonald) hält Drohreden, die im allgemeinen harmlos aber unverständlich bleiben. Er sucht Hilfe mit den Blicken bei der Presse, bei der Opposition, auf der Frauentribüne, an der Rede, überall vergeblich. Man hört etwas vom Geist der Ungerechtigkeit, von fair play und von „Reue“, aber, die er überall auftrifft, will. In dem Augenblick aber, wo auf einen Wink des Diktators zwei Faschisten auf ihn zutreten, ruft der Arbeiterführer seine Anhänger zur Sammlung an einem anderen Ort, streift beschwörend die Hände zum Himmel und verschwindet. Die Unentschlossenheit der Labourleute wird in dieser Szene drastisch skizziert; sie versuchen, wie immer, eine „korrekte Haltung“ zu finden und werden darüber von den Faschisten wie eine Viehherde aus dem Stall getrieben. Auch Herr Snowfield (Snowden) sieht nach einer leeren Seite des Widerstandes, Vermittlungsbemühungen hervorprubelnd und mit seinem Stock auf den Boden klopfend. Der Oberst Benmorris (Benmorris) deckt mit seinem Knieleib den Rücken. Nur auf der äußersten linken Seite läßt sich der Abgeordnete Maxton (Maxton) in ein Handgemenge ein; er wird mit ein wenig Jiu-Jitsu zur Rechten gebracht, und während man ihn hinaus schleppt, segnet seine langen Haare den Boden...

Die Liberalen kommen nicht besser weg. Mr. St. George (St. George) geht fort, die Hände auf dem Rücken gefaltet, wie wenn ihm plötzlich anderwärts eine bringende Verpflichtung eingefallen wäre. Seine Parteifreunde tun desgleichen, nicht ohne vorher ihre Ueberzeugung zum Ausdruck gebracht zu haben, daß sich der Diktator eine Gefesverletzung habe zuschulden kommen lassen. Und die konservativen können ihre Freunde über den Staatsstreich nicht verhehlen. Ihr Führer, Mr. Balmis (Baldwin), ist vorichtshalber nicht erschienen; aber Sir Austin Chamberlain (Chamberlain) betrachtet mit mokantem Säckeln die

## Der Kampf um den Finnland-Vertrag

### Neues Verhandeln mit Helsingfors

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 15. August. Das Reichskabinett hat heute gegen 10 Uhr seine Beratungen über den deutsch-finnischen Handelsvertrag abgeschlossen. Das Reichskabinett hat sich im Hinblick auf die großen Gefahren, die mit einer Kündigung des deutsch-finnischen Handelsvertrages unter Umständen für den deutschen Außenhandel entstehen können, noch nicht dazu zu entscheiden vermocht, sofort eine Kündigung auszusprechen. Vielmehr wird sich Ministerpräsident Brüning nach Helsingfors begeben, um einen neuen Gedankenanstausch einzuleiten. Die Reichsregierung verfolgt dabei die Absicht, das Zusatzabkommen zum deutsch-finnischen Handelsvertrag, nach dem der Zollfuß für Butter bis 1933 50 Mark, bis 1935 40 Mark und von da ab 30 Mark betragen soll, in dem Sinne zu verändern, daß die Termine verfrät werden, und zwar soll der erste Termin für den Butterzoll von 50 Mark am weitesten verfrät werden, dagegen die zweite Stufe damit, die Gegenwart heranzurückt werden. Man rechnet damit, daß man es erreichen kann, den Butterzoll von 50 Mark für die Jahre 1931/32 und den von 40 Mark auf das Jahr 1933 beschränken zu können. Auf längere Bindungen will man auf keinen Fall eingehen. Sollte sich eine Verfrätung mit Finnland nicht erzielen lassen, dann läßt, wie wir von wohlunterrichteter Seite erfahren, Ministerpräsident Brüning an seiner Forderung nach Kündigung des Handelsvertrages fest.

Die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ des Reichsernährungsministers, weist erneut auf den Ernst der Situation hin, die entstehen wird, wenn in dieser Frage nicht den Lebensnotwendigkeiten der deutschen Landwirtschaft und insbesondere des mittleren und kleineren Bauerntums Rechnung getragen werde.

Weder die Protestierenden, noch die Reichsregierung in ihrer Gesamtheit dürften darüber im Zweifel sein, daß es hier für den deutschen Landwirt keine Verzichtsmöglichkeit, kein sanftes Kompromiß abe,

daß hier vielmehr die Entscheidung für ihn darüber liege, wie er sich auch politisch der gegenwärtigen Regierung gegenüber zu stellen habe.

In diesen Worten bringt das Organ des Reichsländerbundes ganz deutlich zum Ausdruck, daß die agrarischen Kreise im Schilde in Opposition gegen das Reichskabinett treten müßten, wenn die Kündigung des Finnlandvertrages nicht vorgenommen würde. Im übrigen scheint man aber auch in Industriekreisen zum Teil der Meinung zu sein, daß man den Wünschen der Landwirtschaft ohne Ge-

fährdung der eigenen Interessen entgegenkommen könnte. Nur daraus ist ein Schreiben zu erklären, das der bekannte Ruhrindustrielle

Fritz Thullen

an die „Deutsche Tageszeitung“ gerichtet hat und das folgenden Wortlaut hat:

In meiner Eigenschaft als Mitglied des Senats des Reichsverbandes der Deutschen Industrie teile ich Ihnen mit, daß ich mit der Haltung der Geschäftsführung obigen Reichsverbandes mit Bezug auf den deutsch-finnischen Handelsvertrag nicht einverstanden bin. So viel ich weiß, handelt es sich lediglich um eine Maßnahme der Geschäftsführung. Eine Stellungnahme des Vorstandes oder Präsidiums hat nicht stattgefunden.

Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt zu diesem Brief: Die Geschäftsführung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie mag sich über die Bedeutung dieser Feststellungen mit Herrn Thullen selber auseinandersetzen. Wir appellieren nur noch einmal auch auf Grund dieses immerhin symptomatischen Vorganges an das wirtschaftliche und politische Verantwortungsgefühl der Reichsregierung, das in dieser Frage vor einer entscheidenden Belastungsprobe steht. Versagt sie hier, so wird der deutsche Landwirt die Folgen allein tragen müssen, sich auch ihr zu verhalten.

### Erweitertes Ostprogramm im Herbst

Berlin, 15. August. Zu der amtlichen Mitteilung über die endgültige Ernennung der Osthilfebehörden verlautet ergänzend: Die Reichsregierung beabsichtigt, im Herbst ein neues Gesamtprogramm zu unterbreiten, das auch alle sonstigen Ostlandsgebiete des Ostens einbeziehen soll.

### Minderheitsregierung in Memel

Memel, 15. August. Der vom Gouverneur ernannte neue Präsident des Landesdirektoriums, Reisinger, hat heute die Erklärung ab, er sei bereit, in die neu zu bildende Regierung auch zwei Vertreter der Mehrheitsparteien hineinzunehmen. Er stellt jedoch die Bedingung, daß der Regierung auch der größtmögliche eingetretene Landesobersekretär Duganus angehören müsse, und zwar auf ausdrücklichen Wunsch des Gouverneurs, da Duganus Vorsitzender der Tautinkka-Partei des Memelgebietes sei. Die Mehrheitsparteien lehnten das Angebot des Präsidenten ab. Daraus erklärte Reisinger, er werde nunmehr eine Regierung bilden, ohne die Vertreter der Mehrheitsparteien überhaupt zu berücksichtigen.